Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1858 Girokasse Riesa Nr. 32.

№ 53. Freitag, 4. März 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Frankreichs „chinesische Mauer".

Aus Painlevés Mund vernahm die aufhorchende Welt vor wenigen Tagen zum erstenmale Näheres über den gewaltigen Verteidigungsplan und die großzügige Grenzsicherung, mit der unser westlicher Nachbar sich gegen jeden feindlichen Angriff zu decken gedenkt. Herr Painlevé hat zwar gleichzeitig mit der Aufzählung all der gewaltigen Rüstungen, die geplant sind, die Versicherung abgegeben, daß dies alles, dieses ganze System von Schützengräben, von Drahtverhauen, Panzerwerken entlang der deutsch-französischen Grenze keinem Geist einer Offensive entspringen soll, sondern nur dem Geist höchster Friedensliebe und weiser Erkenntnis für die Notwendigkeiten der Verteidigung eines ach so bedrängten Landes. Eine weise Diplomatie hat zwar all diese schönen Bekundungen dem Munde Painlevés nahegelegt — aber immerhin, wir gestatten uns die leise Frage: Wo bleibt hier Logik? Nämlich, wie läßt es sich erklären, daß die französischen Militärs einige harmlose Unterstände an der Ostgrenze Deutschlands als eine Bedrohung Polens, als eine Auswirkung eines deutschen Offensivgedankens, als eine unerträgliche Verletzung der Sicherheit des polnischen Nachbars bezeichnen — und dann wieder ein auf modernster kriegswirtschaftlicher Erkenntnis sich aufbauendes Verteidigungssystem mit dem größten Befestigungsgürtel, den die Welt je sah, nur deshalb, weil es sich an der Ostgrenze Frankreichs aufbaut, als eine Maßnahme charakterisieren, die lediglich defensiver Natur ist und der jeder Offensivgeist entschieden abzusprechen sei?

In Wirklichkeit, die Begründung, die Frankreich für seine neuen Befestigungsanlagen an der deutsch-französischen Grenze abgibt, ist reichlich naiv. Lassen wir zunächst einmal die Frage, ob dieser neue französische Grenzsicherungsplan als defensive oder offensive Maßnahme unseres Nachbars zu bewerten ist, dahingestellt. Jedenfalls lehrt schon allein die Tatsache, daß dieses großzügige Befestigungssystem nur an der Ostgrenze errichtet wird, und diese Ostgrenze das französische von dem deutschen Volk trennt, zum mindesten, daß das französische Mißtrauen gegen das deutsche Volk noch immer nicht geschwunden ist. Dieses geplante Befestigungssystem an der deutsch-französischen Grenze ist so gewaltig, daß selbst ein bis auf die Zähne bewaffneter, mit allen modernen Kriegsmitteln ausgerüsteter Gegner schwerlich eine solche Anlage einrennen könnte. Was einer kriegsstarken Nation versagt sein kann, daß müßte naturgemäß einem Lande, das wie Deutschland völlig entwaffnet ist und machtpolitisch kaum noch in Frage kommt, doppelt und dreifach verboten sein. Kein vernünftiger Mensch glaubt in Wirklichkeit, daß es dem Reiche bei dem heutigen Stand seiner restlosen Entwaffnung jemals einfallen könnte, eine Offensive gegen ein Land zu führen, dessen militärische Stärke im Vergleich zum Weltkrieg in der Zwischenzeit sich nahezu verdoppelte. Da eine deutsche Offensive für unabsehbare Zeit ein Wahnsinn wäre, und wenn man auch noch so geneigt wäre, schlecht von seinem Nachbar zu sprechen, niemals sich zu der Behauptung versteigen darf, daß dieser Nachbar wahnsinniger Handlungen fähig wäre, so dürfte damit auch die „Logik" gerichtet sein, die aus dem geplanten französischen Befestigungssystem eine friedensfreundliche Tat rein defensiver Natur herauszulesen versucht. Die von der französischen obersten Militärverwaltung ersonnene und erdachte neue Befestigungsanlage dient nur Zielen und Zwecken eines offensiven Vormarsches. Das großzügige militärische Sperrsystem gestattet dem französischen Oberkommando, geschützt vor Angriffen des Gegners hinter dieser Deckung in aller Ruhe die Mobilisation des „Volks in Waffen" durchzuführen. Gestattet ihm, unbehindert durch den Gegner, diese Volksarmee an der Stelle der Grenze zusammenzuballen, die am günstigsten für den Einfall in das gegnerische Land ist. Wirklich, es gehört die ganze Dialektik eines Painlevé oder französischer militärischer „Sachverständiger" dazu, um „Verteidigungsmaßnahmen", wie sie geplant sind, in Handlungen umzuwandeln, die sich harmonisch der Idee einer Weltabrüstung anpassen.

Mussolinis Annexionspläne.

Dem südslawischen Nachrichtendienst sind Dokumente in die Hände gefallen, nach deren Angabe **Italien** mit stillschweigender Zustimmung von Achmed Zogu, des albanischen Präsidenten, den **Ausbruch einer Revolution in Albanien für das Frühjahr vorbereitet.** Nach den Bestimmungen des italienisch-albanischen Vertrages haben die Faschisten das Recht, Truppen in Albanien zu landen und das Land zu besetzen. Da Italien in Albanien gute militärische Vorbereitung getroffen hat, würde es sicherlich einem den militärischen Interventionen folgenden scharfen Protest Jugoslawiens mit vollster Ruhe begegnen können. Am bemerkenswertesten bei dieser Angelegenheit ist die Tatsache, daß es dem Faschismus anscheinend jetzt schon gelungen ist, den albanischen Staatspräsidenten für sich zu gewinnen und ihn für die Annexion seines eigenen Landes durch Italien dienstbar zu machen. Immerhin wird noch eine geraume Zeit dahinfließen bis es Herrn Mussolini gelingen kann, das seit Jahrhunderten revolutionierende und nach Selbständigkeit strebende albanische Bergvolk für sich zu gewinnen.

Das Befinden des Reichstagspräsidenten Löbe

ist weiterhin als sehr gut zu bezeichnen. Der Patient wird jedoch, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, entgegen anderslautenden Meldungen noch etwa 8 Tage in der Klinik verbleiben müssen.

Die gelockerten englisch-russischen Beziehungen.

Bewegte Debatte im Unterhause.

)(London, 3. März. Im Unterhaus, dessen Sitzung der deutsche Botschafter Sthamer in der Diplomatenloge beiwohnte, standen die **Beziehungen zu Rußland** zur Erörterung. Einen Vorgeschmack der herrschenden Spannung erhielt man bereits, als **Kenworthy** an den Premierminister die Frage richtete, ob seine Aufmerksamkeit auf die **Rede Birkenheads** am Sonnabend nachmittag gelenkt worden sei, in der dieser die russische Regierung eine „Junta aufgeblasener Frösche" genannt hat. Als die Anfrage erfolgte, ertönten auf beiden Seiten des Hauses **laute Zurufe**, die den verschiedenen Ansichten der Parteien über Birkenheads Rede Ausdruck gaben.

Premierminister Baldwin erwiderte, seine Aufmerksamkeit sei nicht auf die in Frage kommende Rede gerichtet worden. Es sei jedoch nicht üblich und auch nicht möglich, daß einzelne Minister das Kabinett über den Wortlaut besonderer Reden zu Rate ziehen. Die Politik und die Ansichten der Regierung in der russischen Frage seien in der Chamberlain-Note an die Sowjetregierung eingehend dargelegt worden. **Kenworthy** fragte hierauf, ob Birkenhead in seiner Rede nicht dasselbe Vergehen begangen habe, das von der britischen Regierung der Sowjetregierung vorgeworfen werde, nämlich Beschimpfung einer anderen Regierung. Hier griff der Sprecher ein, indem er erklärte, dies könne jetzt nicht erörtert werden.

Die Debatte über die Beziehungen zu Rußland wurde vom Liberalen **Sinclair** eingeleitet. Er erklärte, die britischen Interessen in Rußland wie in China seien Frieden und Handel. In den letzten zwei Jahren sei der britische Gesamthandel mit Rußland größer gewesen als mit China. Die bolschewistische Regierung werde niemals die Propaganda für die Weltrevolution einstellen. Aber als England das Handelsabkommen mit ihr abschloß, habe es dies für die Wiederherstellung des britischen Handels getan. In Rußland seien gemäßigte Einflüsse augenblicklich im Wachsen begriffen, und gerade in diesem Augenblick wollten einige konservative Mitglieder wie Horne, daß Großbritannien das Handelsabkommen kündige und als einzige unter den Nationen Europas die Beziehungen zu Rußland löse. Dies würde England nur noch mehr russischer Propaganda aussetzen. Alle stimmen darin überein, daß die Angelegenheit nicht da ruhen könne, wo sie nach der britischen Note gelassen wurde. Sinclair lenkte die besondere Aufmerksamkeit auf die Schlußsätze der Sowjetnote, die, wie er sagte, sehr bemerkenswert seien, da sie in Erwiderung auf eine Note kamen, die, obgleich sie nicht ein bißchen zu scharf war, der Sowjetregierung beleidigend erscheinen mußte. Seiner Ansicht nach könnten Chamberlain diese letzten Worte der Sowjetnote über bessere Beziehungen eine Gelegenheit bieten, um die englisch-russischen Beziehungen zu bessern und die Grundlagen des Weltfriedens zu legen, indem der britische Handel vermehrt wird, die Elemente des Wiederaufbaues in Rußland gestärkt werden und den Elementen des Hasses und der Zerstörung Einhalt geboten wird.

Nach ihm ergriff der Konservative **Sir Robert Horne** das Wort. Bezugnehmend auf das Handelsabkommen erklärte er, alles, was er davon erhofft habe, habe sich nicht verwirklicht, aber, obgleich seine Bemühungen fehlgeschlagen seien, bedauere er nicht, daß er sie unternommen habe. **Der Handel, den England erhofft habe, sei nicht gekommen.** Während Amerika Rußland als einen Paria behandele, unternehme es doch mehr Handel mit Rußland, als England dies tue, und erhalte weit mehr Konzessionen als England, das von der Sowjetregierung allein zu einem Angriff ausgewählt worden sei. Horne sagte, **bisher habe er sich dem Abbruch der Handelsbeziehungen widersetzt. Aber wie lange noch solle England Geduld zeigen?**

Seiner Ansicht nach würde der Sache des Friedens und des Wiederaufbaues in Europa viel größerer Schaden zugefügt werden durch den Verlust der britischen Autorität im Rate der Nationen als infolge des Abbruches der Beziehungen mit Rußland. (Beifall auf der Regierungsseite.)

Ramsay Macdonald erklärte, er bedauere tief die Rede Hornes, deren gesamte Wirkung im In- und Ausland schädlich sein müsse. Macdonald verteidigte das Handelsabkommen und erklärte, die britischen diplomatischen Beziehungen mit Rußland hätten dem Handelsabkommen niemals eine Chance gegeben. Er wies darauf hin, daß, als Lord Curzon unbestimmte Proteste erhob, nichts geschah, als er jedoch bestimmte Punkte aufwarf, wurden sie behandelt. Das Handelsabkommen werde durch die Propaganda der Konservativen getötet.

Im Laufe der Debatte ergriff auch

Außenminister Chamberlain

das Wort zur Frage der englisch-russischen Beziehungen. Er betonte, daß die Sowjetregierung das britische Reich mit besonderem Uebelwollen behandele. Dies allein hätte ihn jedoch nicht zu dem von ihm unternommenen Schritt veranlassen können, wenn nicht noch andere Momente hinzugekommen wären. Wenn der Welt nicht gezeigt werde, wie stark England provoziert worden sei, würde ein Abbruch der englisch-russischen Beziehungen eine beunruhigende Wirkung auf die europäische Lage gehabt haben. Die Sowjetregierung habe sich bemüht, zu beweisen, daß die britische Regierung versucht habe, Unruhe zu stiften, um diese Unruhe gegen die Sowjets zu nutzen. Das sei jedoch unrichtig. Man müsse bedenken, daß Rußland alles getan habe, um die Unterzeichnung des Locarnovertrages zu verhindern. Ebenso habe Rußland Deutschland zu überreden versucht, nicht in den Völkerbund einzutreten, sondern außerhalb auf Rußlands Seite zu bleiben. Deshalb habe er der Regierung Geduld empfohlen und zur Mäßigung geraten, trotzdem England ständig in ungewöhnlicher Weise provoziert worden sei. Gleichwohl gäbe es Grenzen für diese Geduld. England habe nicht die Absicht, sich in sowjetrussische Angelegenheiten einzumischen und auch keinen diplomatischen Feldzug gegen Rußland in der übrigen Welt geführt. Rußland solle seine Politik der in der Gesellschaft der Völker üblichen anpassen und davon Abstand nehmen, die Weltrevolution zu fördern. Nicht die Erklärungen der Russen seien für die Engländer ausschlaggebend, sondern ihre künftigen Handlungen. England müsse sich alle Kritik vorbehalten und rufe die Welt als Zeugen für die Berechtigung seiner Klagen an. Jedoch wolle England der Sowjetregierung noch einmal Gelegenheit geben, ihr Benehmen den üblichen Regeln des internationalen Lebens anzupassen.

Lloyd George,

der nach Chamberlain das Wort ergriff, sagte, er billige vollauf die allgemeinen Linien, die Chamberlain in den Schluß-Sätzen seiner Rede angegeben habe. Lloyd George nahm hierauf auf die Reden britischer Kabinettsmitglieder gegen die Bolschewisten Bezug und sagte, es handle sich dabei nicht um die Frage, ob die Tatsachen zutreffen, sondern darum, ob man die Bolschewisten, wenn man diplomatische Beziehungen mit ihnen habe, in dieser Weise angreifen dürfe. Lloyd George fragte, ob von Frankreich, Deutschland, Italien oder irgend einer anderen Großmacht auch nur ein einziger Satz aus den Reden ihrer Minister angeführt werden könne, der die Sowjetregierung angreife. Auf die russische Antwortnote Bezug nehmend, erklärte Lloyd George, es sei vollkommen klar, daß die Bolschewisten den Bruch nicht wünschten. Es liege in ihrem Interesse, die Beziehungen aufrecht zu erhalten. Dasselbe liege aber auch im britischen Interesse.

Der **Konservative Locker Lampson** gab seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die Note nicht zu einem Bruch mit den Bolschewisten geführt habe. Er fragte, ob man einen Frieden wolle, der das Britische Reich zu einem Fußball mache.

Der Arbeitervertreter Snowden erklärte, die Lage könne nicht so bleiben, wie sie gegenwärtig sei, da sie bereits auf einen Abbruch der Beziehungen hinauslaufe. Er appellierte an Chamberlain, den englisch-russischen Beziehungen neue Wege zu weisen, beide Noten auszulöschen und die Russen einzuladen, von neuem die offen stehenden Fragen zu erörtern.

Am Schluß der Unterhaussitzung wurde ein **liberaler Abänderungsantrag, das Gehalt Chamberlains zum Ausdruck des Mißtrauens um 100 Lstr. zu kürzen, mit 274 gegen 146 Stimmen abgelehnt.**

•

Die englisch-russischen Beziehungen vor dem Oberhaus.

London, 3. März. Auch im Oberhaus fand heute eine **Debatte über Rußland** statt, die von dem Konservativen Lord Newton eingeleitet wurde, der die Feindseligkeit der Sowjetregierung gegenüber Großbritannien betonte. Der Liberale Lord Reading sagte, die Regierung habe alles getan, was man von ihr verlangen könne.

Lord Salisbury, der für die Regierung antwortete, sagte, **die Regierung sei zweifellos berechtigt, eine energische Aktion zu ergreifen.** Seine Ausführungen bewegten sich in derselben Richtung, wie die Chamberlains. Die Sowjetregierung könne der britischen Regierung fluchen und britische Staatsmänner lächerlich machen. Was tue dies zur Sache? Worauf es jetzt doch ankomme, sei, daß sie **nicht** die britischen Interessen und die britische Autorität in allen Teilen der Welt schädige. Was die Frage betreffe, ob irgend welche weiteren Schritte die Gestalt einer Annullierung des Handelsabkommens oder eine andere Gestalt annehmen sollten, so sei dies eine Angelegenheit, die erwogen werden müsse, wenn die Zeit dafür gekommen sei.

Lord Parmoor (Arbeiterpartei) erklärte, Rußland habe ebenso viel Recht auf seine innere Unabhängigkeit und darauf, über seine Regierungsmethoden zu entscheiden, wie England. Er trete für Geduld und Versöhnung ein.

Lord Grey (Lib.) erklärte: Er sei der Ansicht, daß dem britischen Prestige und dem britischen Ruf besser gedient wäre, wenn man, da man doch nicht bereit sei, etwas zu tun, nichts gesagt hätte. Wenn man in dem gegenwärtigen Zeitpunkt die diplomatischen Beziehungen mit Rußland lösen würde, so würde dies eine beunruhigende Wirkung insbesondere in Zentral-Europa haben. Deutschland oder irgend eine der Parteien, die den Locarno-Vertrag unterzeichnet haben, würden wahrscheinlich der Ansicht sein, daß England vollkommen berechtigt ist, wenn es die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abbricht. Ihre Sympathie würde mit England sein.